

Die Bürger:innen und ihre Institutionen: Wie viel Vertrauen besteht?

- In Österreich lebende Menschen bringen der Justiz, der Polizei sowie der Wissenschaft und Forschung hohes Vertrauen entgegen. Dem Nationalrat, der Regierung sowie dem ORF wird hingegen weniger vertraut.
- Von Februar 2022 bis Juli 2023 schwankt die Zufriedenheit mit der Regierung im Umfang von einigen Prozentpunkten.
- Es zeigt sich ein Zusammenhang zwischen dem Vertrauen in die Justiz und der Wahlabsicht von Personen. Potenzielle FPÖ- und MFG-Wähler:innen haben ein geringes Vertrauen in die Justiz, während die potenzielle Wähler:innenschaft von SPÖ, ÖVP, den Grünen sowie den NEOS ein großes Vertrauen in die Justiz besitzen.

Politische Systeme werden durch ihre Institutionen getragen. Aus diesem Grund ist es bedeutend zu erfassen, inwieweit diese durch die Bevölkerung legitimiert werden. Daher widmen wir uns in diesem Blogbeitrag der Frage, wie viel Vertrauen die in Österreich lebenden Menschen den verschiedenen Institutionen entgegenbringen.

In der 4. Umfragewelle von *Digitize!*, die vom 24.3. bis zum 31.7.2023 lief und an der insgesamt 1.541 Personen teilnahmen, wurde erneut das Institutionenvertrauen erhoben. Auf einer Skala von null bis zehn konnten die Teilnehmer:innen ihr Vertrauen in die folgenden Institutionen angeben: die Justiz, den Nationalrat, den öffentlich-rechtlichen Rundfunk (ORF), die Polizei, die Regierung, den Verfassungsgerichtshof sowie die Wissenschaft und Forschung.

Den einzelnen österreichischen Institutionen wird sehr unterschiedlich stark vertraut. Während

Vertrauen in Institutionen

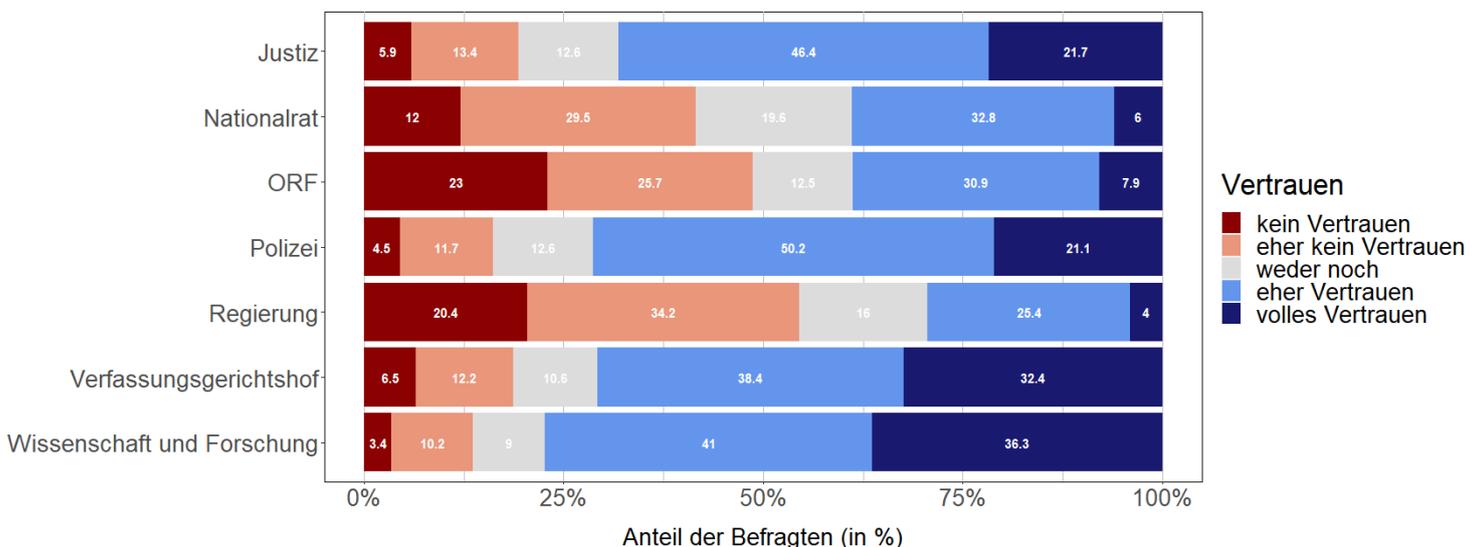


Abbildung 1: Vertrauen in die österreichischen Institutionen. Die Antwortskala wurde in fünf Antwortkategorien zusammengefasst, die von „kein Vertrauen“ bis „volles Vertrauen“ reicht. Auf der X-Achse ist das Vertrauen in % angegeben, auf der Y-Achse die Institutionen.

der Wissenschaft und Forschung, der Polizei sowie der Justiz großes Vertrauen entgegengebracht wird, verfügen der Nationalrat, der ORF und die Regierung über deutlich weniger Vertrauen.

Hervorzuheben ist das hohe Vertrauen in die Justiz im Allgemeinen und in den Verfassungsgerichtshof (VfGH) im Spezifischen. Die Gruppe derjenigen, die diesen Institutionen Vertrauen entgegenbringen ist mit 70,8% (VfGH) und 68,1% (Justiz) äußerst hoch. Nur der Polizei (71,3%) sowie der Wissenschaft (77,4%) wird noch mehr vertraut. Der Anteil der Befragten, die wenig bis gar kein Vertrauen in diese Institutionen zum Ausdruck bringen, liegt für die Justiz bei 19,3%, für den VfGH bei 18,6%, während er für die Polizei bei 16,1% und für die Wissenschaft bei 13,6% liegt.

Anders sieht die Situation hinsichtlich des Vertrauens in die Regierung aus: Über 50% der in Österreich lebenden Menschen haben geringes bis kein Vertrauen in die Regierung. Rund 16,0% äußerten sich diesbezüglich neutral. 29,4% der Befragten wiederum zeigten Vertrauen in die Regierung, wobei lediglich 4,0% ein sehr starkes Vertrauen aufweisen. Für den Nationalrat sieht die Vertrauenssituation nur minimal besser aus: Ein etwas höherer Anteil von 38,9% bringt dem Nationalrat Vertrauen entgegen. Die Gruppe der Unentschlossenen („weder noch“) ist beim Nationalrat im Vergleich zu allen anderen Institutionen mit 19,6% am größten. 41,5% der Befragten vertrauen dem Nationalrat wenig bis gar nicht. Dem ORF vertrauen 48,7% eher nicht bis gar nicht. Die Gruppe, die weder Vertrauen noch die Abwesenheit davon zeigte, beläuft sich auf 12,5%. Dementsprechend kommt die Gruppe, die eher bis volles Vertrauen hat, auf 38,8%.

Die Regierungszufriedenheit im zeitlichen Vergleich

Die *Digitize!*-Umfragen untersuchen die Zufriedenheit mit der Regierung im Laufe der Zeit. Abbildung 2 zeigt, wie sich die Zufriedenheit mit der Regierung seit dem Frühjahr 2022 entwickelt hat.

Während im Frühjahr 2022, also zu Beginn des *Digitize!*-Beobachtungszeitraums, der Anteil der Befragten, die eher unzufrieden mit der Regierung waren, noch bei 34,6% lag, sank er im Sommer 2022 auf rund 30% und blieb auf diesem Stand auch im Herbst 2022 bzw. Winter 2023. Im Frühjahr 2023 stieg der Anteil der eher Unzufriedenen wieder auf das Niveau von Anfang des Jahres 2022 an.

Zufriedenheit mit der Regierung über alle Befragungswellen hinweg

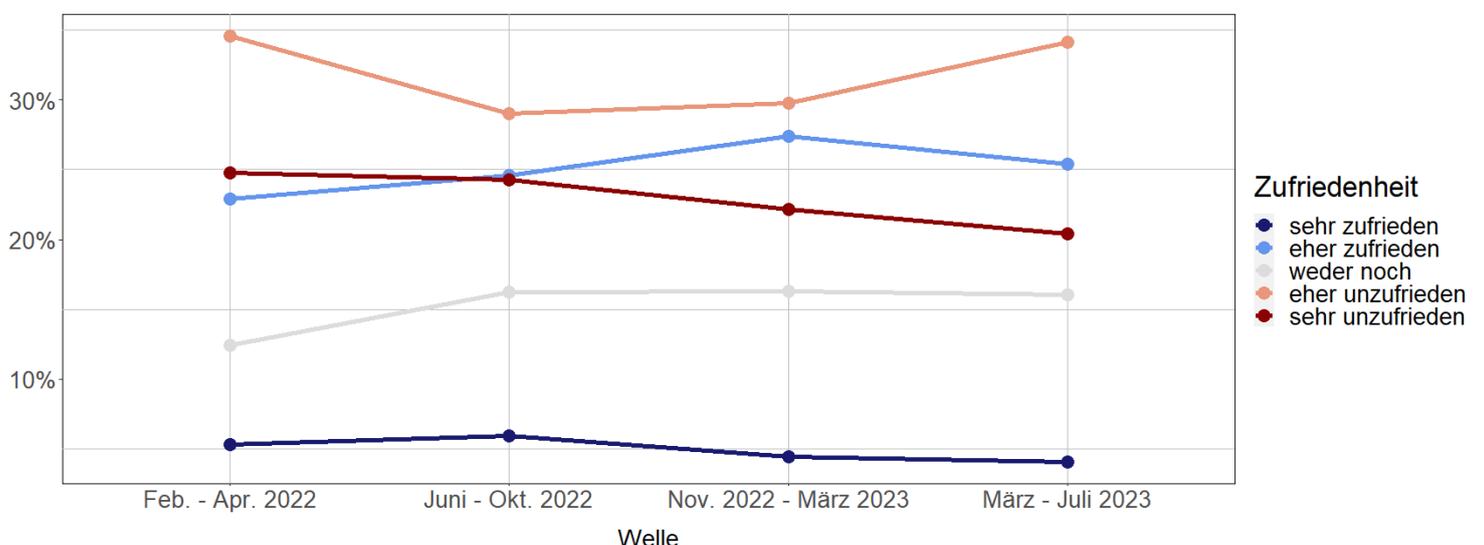


Abbildung 2: Die Zufriedenheit der in Österreich lebenden Menschen mit der Regierung. Auf der Y-Achse angegeben ist wie viele Probanden bspw. Eher zufrieden angegeben haben. Diese Angabe ist in % abgebildet. Auf der X-Achse sieht man das Stimmungsbild den Zeitpunkten der Befragung. Die Punkte zeigen den Mittelwert der Antworten, die die Probanden angegeben haben.

Im gleichen Zeitraum nahm der Anteil der Befragten, die sehr unzufrieden mit der Regierung sind, leicht ab: von 24,8% zu Beginn der *Digitize!*-Umfragen auf 20,4% im Frühjahr 2023. Auch die Gruppe, die bei der Vertrauensfrage mit „weder noch“ antwortete, verzeichnet leichte Schwankungen mit einem generellen Aufwärtstrend seit Februar 2022.

Von 22,9% auf 27,4% ist der Anteil jener, die eher zufrieden mit der Regierung sind, vom Frühjahr 2022 bis Winter 2023 gestiegen. Dieser Wert sinkt im Sommer 2023 auf 25,4%. Die sehr Zufriedenen bleiben hingegen konstant auf einem niedrigen Niveau von etwa 5%.

Vertrauen in Institutionen je nach Wahlabsicht

Bei genauerer Betrachtung des Vertrauens in Institutionen zeigen sich Zusammenhänge zwischen Wahlabsicht und Vertrauensanteil. So ist beispielsweise das Vertrauen in die Justiz über die meisten Wähler:innen-Gruppen hinweg groß (siehe Abbildung 3). Jedoch kristallisieren sich Unterschiede hinsichtlich der Wahlintention heraus. Befragte, die die FPÖ oder MFG wählen würden, weisen ein deutlich geringeres Vertrauen in die Justiz auf als Personen mit anderer Wahlintention. Potenzielle Wähler:innen von SPÖ, ÖVP, den Grünen und NEOS haben dagegen grundsätzlich viel Vertrauen in die Justiz mit Werten durchwegs über 73%. Es gilt jedoch auch die Gruppe jener, die angegeben haben, eine andere Partei,

Vertrauen in Justiz nach Wahlintention

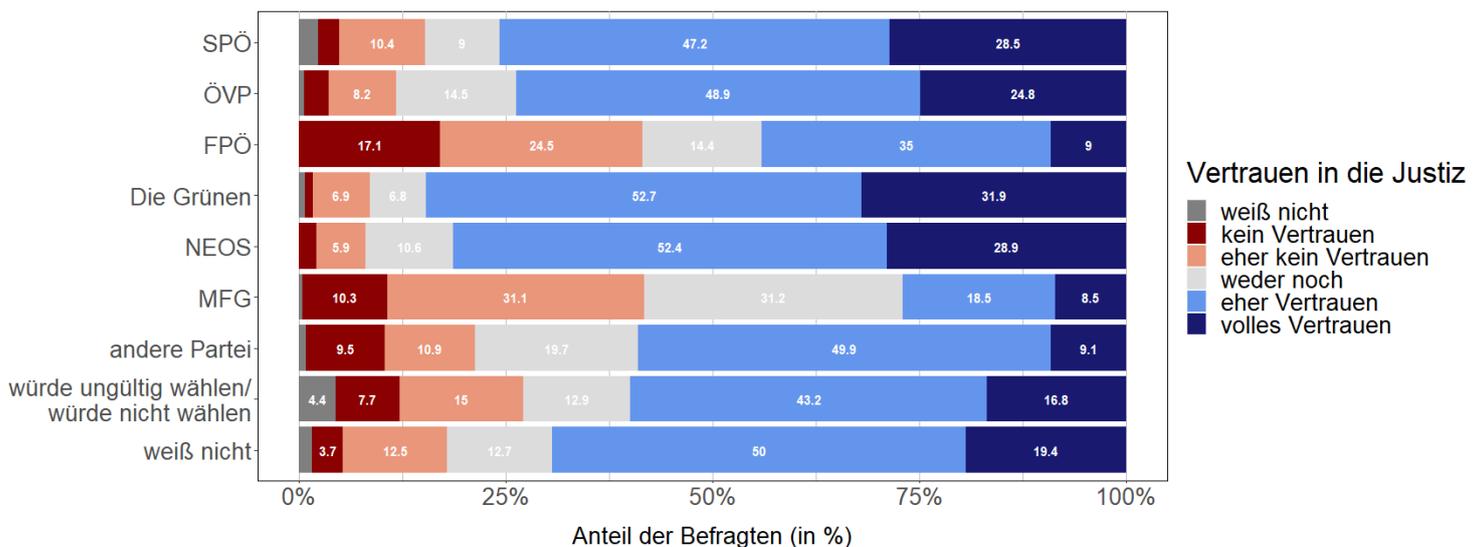


Abbildung 3: Das Vertrauen in die Justiz in Abhängigkeit zur Wahlintention. Auf der Y-Achse sind die Gruppen je nach Wahlintention abgebildet, auf der X-Achse ist das Vertrauen zu sehen.

ungültig oder nicht zu wählen bzw. unschlüssig waren, hervorzuheben. Unter ihnen sind jene, die eher kein bzw. kein Vertrauen in die Justiz haben in etwa ähnlich stark ausgeprägt (ca. 20%).

Ein ähnliches Bild zeigt sich bei Wissenschaft und Forschung, in die grundsätzlich mehr vertraut wird als in die Justiz (siehe Abbildung 4). Während die Wissenschaft bei fast allen Wähler:innen-Gruppen ein sehr hohes Vertrauen von über 84% genießt, ist das nur bei einer Minderheit von 43,8% der potenziellen FPÖ- bzw. 29,8% der MFG-Wähler:innen der Fall.

Die Unterschiede in den Vertrauenswerte von potenziellen FPÖ- bzw. MFG-Wähler:innen sowie Wähler:innen anderer Parteien sind ebenfalls beim Nationalrat zu beobachten (siehe Abbildung 5). Bis auf ÖVP und Grüne vertrauen weniger als 50% der jeweiligen Wähler:innen-

Vertrauen in Wissenschaft nach Wahlintention

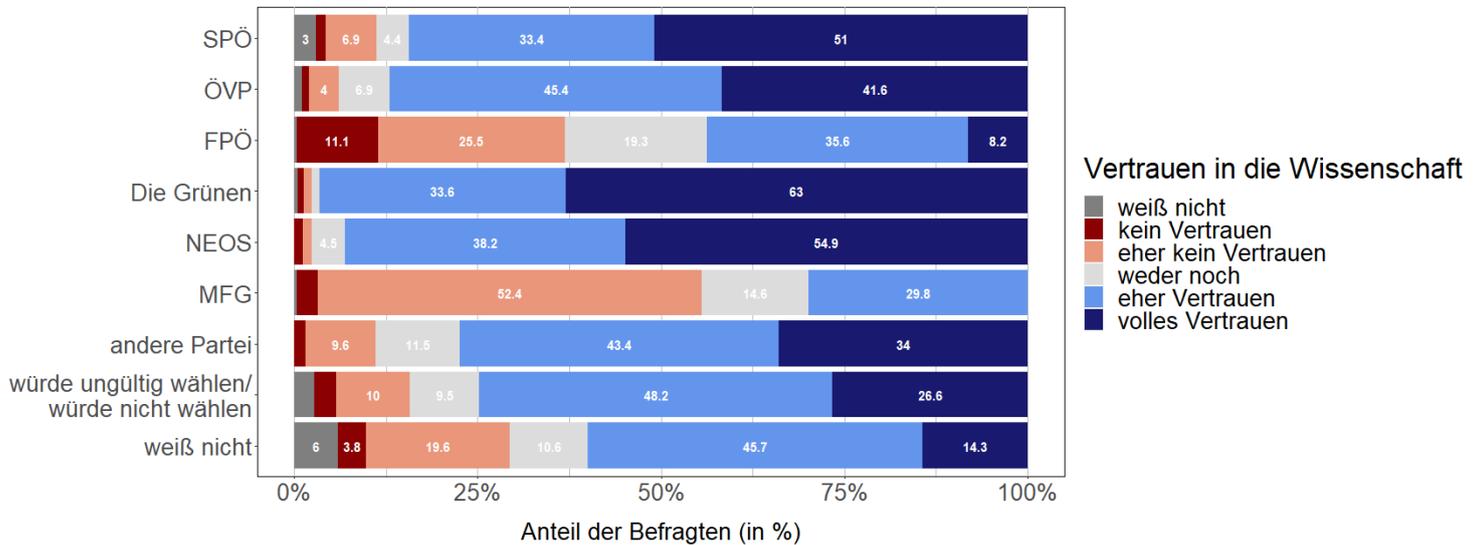


Abbildung 4: Das Vertrauen in die Wissenschaft in Abhängigkeit zur Wahlintention. Auf der Y-Achse sind die Gruppen je nach Wahlintention abgebildet, auf der X-Achse ist das Vertrauen zu sehen.

Gruppe dem Nationalrat, wobei das Vertrauen bei FPÖ- und MFG-Anhänger:innen besonders niedrig ausgeprägt ist.

Fazit

Abschließend lässt sich festhalten, dass die untersuchten Institutionen hinsichtlich des entgegengebrachten Vertrauens von der österreichischen Bevölkerung sehr unterschiedlich – auch über den Zeitverlauf – bewertet werden. Insbesondere der Regierung bzw. dem Nationalrat sowie dem ORF wird auffallend wenig Vertrauen geschenkt. Interessant ist jedoch, dass sich über die Zeit hinweg nur leichte Schwankungen in den Vertrauenswerten

Vertrauen in Nationalrat nach Wahlintention

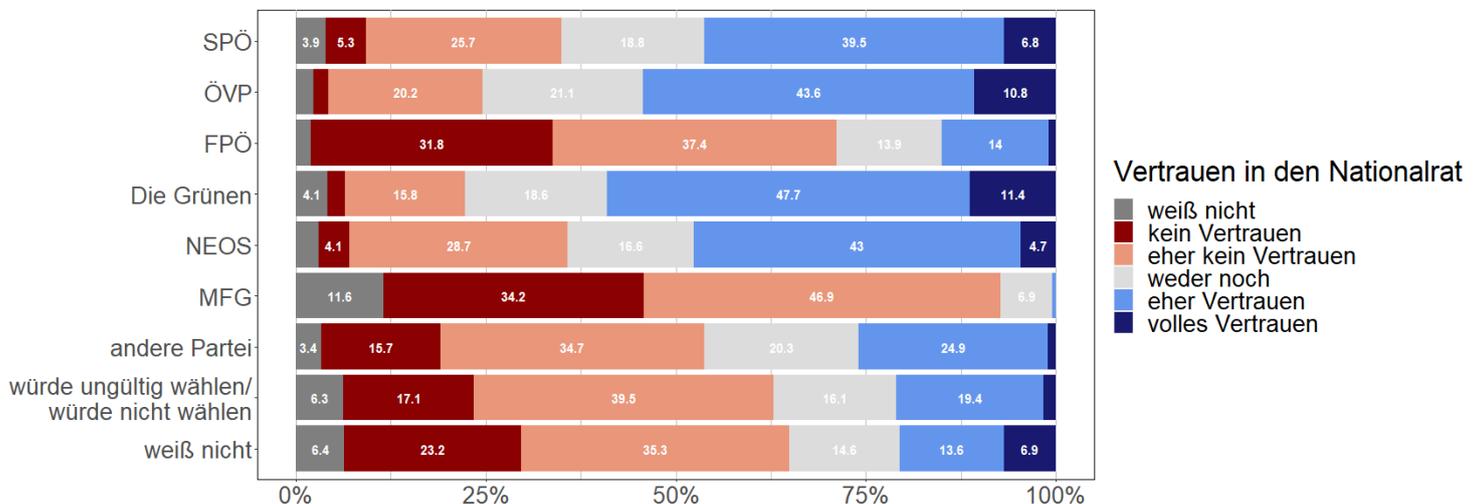


Abbildung 5: Das Vertrauen in den Nationalrat in Abhängigkeit zur Wahlintention. Auf der Y-Achse sind die Gruppen je nach Wahlintention abgebildet, auf der X-Achse ist das Vertrauen zu sehen.

abzeichnen. Dies betrifft auch das Vertrauen in die Regierung, die auf konstant niedrigen Werten verbleibt, aber keinen großen Schwankungen *per se* ausgesetzt ist.

Mehr Informationen zum Projekt *Digitize!* und Ergebnisse aus den Umfragen finden Sie hier:

<https://digitize-transformation.at/>

Im Februar folgt der nächste Beitrag mit Ergebnissen aus der letzten Befragung zum Thema ‚Klima‘